



Abstimmung vom 1.6.2008

Volk will dem Bundesrat keinen Maulkorb verpassen

**Abgelehnt: Volksinitiative «Volkssouveränität statt
Behördenpropaganda»**

Silas Schweizer

Empfohlene Zitierweise: Schweizer, Silas (2019): Volk will dem Bundesrat keinen Maulkorb verpassen. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Die Kommunikation des Bundesrats bei Abstimmungen ist seit längerem ein umstrittenes Thema. So wird etwa das „ungewohnt kraftvolle Engagement“ (Rielle 2010) der Regierung im Rahmen der Initiative für einen UNO-Beitritt (siehe Abstimmung 485) von rechtsbürgerlichen Gegnern massiv kritisiert. Auch bei den Abstimmungen über die zukünftige Verteidigungs- und Zivilschutzpolitik (siehe Abstimmungen 495 und 496) erregt die offensive Kommunikation des Bundesrates das Missfallen dieser Kreise.

Der Zürcher SVP-Nationalrat Hans Fehr versucht mit einer parlamentarischen Initiative die Regierung und Verwaltung zu verpflichten, sich in Abstimmungskämpfen nur neutral zu äussern. Obwohl der Nationalrat das Anliegen im September 2003 in Motionsform aufnimmt, beschliessen mehrere Organisationen aus dem rechtskonservativen Spektrum eine Volksinitiative zu lancieren. Diese soll weitergehen als der Vorstoss von Fehr: Der Bundesrat soll sich überhaupt nicht mehr zu Vorlagen äussern dürfen.

Anfang März 2004 lanciert der Verein „Bürger für Bürger“ die Initiative „Volksouveränität statt Behördenpropaganda“. Der Verein wird von rechtskonservativen Gruppierungen wie der AUNS, Pro Libertate und dem „neuen Rütlibund“ getragen. Bereits Ende August 2004 reicht der Verein die Initiative mit 106 344 gültigen Unterschriften ein.

Der Bundesrat legt in seiner Botschaft zum Volksbegehren dar, dass Informationen der Regierung für die Meinungsbildung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wichtig seien. Interne Richtlinien in der Regierung und in der Verwaltung stellten sicher, dass die Kommunikation im Vorfeld von Abstimmungen objektiv und ausgewogen sei. Die Annahme der Initiative würde hingegen die direkte Demokratie gefährden. Der Bund könne dann beispielsweise falsche Tatsachen nicht mehr richtigstellen und es bestünde die Gefahr einer Manipulation des Souveräns.

Der Nationalrat verschiebt die Behandlung der Volksinitiative um ein Jahr, da er mit der parlamentarischen Initiative Burkhalter einen indirekten Gegenvorschlag ausarbeiten möchte. Der Vorstoss des Freisinnigen strebt eine Verankerung der bestehenden Richtlinien für die Kommunikation der Departemente auf Gesetzesebene an. Der Bundesrat soll damit verpflichtet werden, umfassend und transparent über Abstimmungsvorlagen zu informieren. Gegen den Willen des Bundesrats und trotz des anfänglichen Widerstands der kleinen Kammer nimmt das Parlament den Vorstoss als indirekten Gegenvorschlag an.

Die Initiative selbst hat in beiden Räten einen schweren Stand: Im Ständerat stimmen nur 3 Parlamentarier dafür, 38 dagegen. Im Nationalrat spricht sich lediglich die SVP-Fraktion für die Initiative aus, die anderen Parteien stimmen dagegen. Hier lautet das Schlussresultat 134 zu 61 Stimmen.

GEGENSTAND

Die Initiative sieht vor, dass der Bundesrat und die leitenden Angestellten der Bundesverwaltung sich „der Informations- und Propagandatätigkeit enthalten“. Nur noch eine kurze Orientierung durch die Vorsteherinnen und Vorsteher der Departemente wäre erlaubt. Die Finanzierung von Informationskampagnen durch den Bund müsste ebenfalls eingestellt werden, mit Ausnahme des Abstimmungsbüchleins. Dieses muss neutral gestaltet werden.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Die Kampagne verläuft verhältnismässig lau, da die Initianten nicht über die Mittel für eine grossangelegte Kampagne verfügen. Die SVP, die als einzige grosse Partei die Ja-Parole fasst, hält sich zurück, da sie ihre Ressourcen auf die Einbürgerungsinitiative (Vorlage 532) konzentrieren will. Die Lega, die SD, die FPS und die EDU unterstützen das Volksbegehren ebenfalls. Die Befürworter betonen, dass Informationskampagnen der Verwaltung und Wortmeldungen von Bundesrätinnen und Bundesräten Abstimmungskämpfe verzerren und so der Volkswille verfälscht werde.

Die Gegner organisieren sich in einem grossen Komitee aus den restlichen Parteien sowie den Gewerkschaften und den Wirtschaftsverbänden. Sie weisen auf die Bedeutung von objektiven Informationen für das Funktionieren der direkten Demokratie hin und betonen, dass mit dem indirekten Gegenvorschlag die Ausgewogenheit der staatlichen Informationskampagnen im Gesetz festgeschrieben werde.

ERGEBNIS

Die Initiative wird mit 75,2% der Stimmen und von allen Ständen abgelehnt. Die Ablehnung fällt in der Romandie noch deutlicher aus als in der Deutschschweiz.

Nachbefragungen (Engeli et al. 2008) zeigen, dass Alter und sozioökonomische Faktoren kaum eine Rolle spielten, die politischen Ansichten und die Parteizugehörigkeit der Stimmenden hingegen das ausschlaggebende Kriterium darstellten. Die Initiative fand nur bei Stimmberechtigten, die sich als Rechtsausen einstufen, eine Mehrheit. 95% der SP-Anhänger lehnten die Vorlage ab, bei der der CVP (89%) und der FDP (74%) folgten ebenfalls die meisten der Parole ihrer bevorzugten Partei. Die SVP konnte 72% ihrer Sympathisanten überzeugen, Ja zu stimmen.

QUELLEN

Engeli, Isabelle, Anouk Lloren und Alessandro Nai (2008). *VOX 96. Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 1. Juni 2008*. Bern, Genf: gfs.bern und Département de science politique et relations internationales de l'Université de Genève.

Hirter, Hans (2017a). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Volksinitiative Volkssouveränität statt Behördenpropaganda, 2003-2008*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 17.7.2017.

Hirter, Hans (2017b). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Vorstoss zur Rollenbestimmung des Bundesrates bei Werbekampagnen (02.419)*, 2003. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 17.7.2017.

Rielle, Yvan (2010): Der bürgerliche Meinungsumschwung ermöglicht den UNO-Beitritt der Schweiz. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): *Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007*. Bern: Haupt. S. 613–615.

Presse: Neue Zürcher Zeitung vom 10.3.2003.

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 1.6.2008 (Abstimmungsbüchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 05.054).

Bundesblatt: BBl 2005 4373.